

Zeitschrift: Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

Herausgeber: Verband Schweizerischer Privatschulen

Band: 59 (1986)

Heft: [1]

Artikel: Verzicht auf Heuchelei

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-852316>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Liebe Leser

Seit den Jugendunruhen ist ein halbes Jahrzehnt verflossen. Trotz dem Jahr der Jugend ist es um die Jugend ruhig geworden. Die heutigen Jungen haben sich angepasst. Sie betreiben zwar Verweigerung den Institutionen gegenüber, sie ziehen sich aus dem Öffentlichen ins Private zurück, sie streben nach Karriere aus rein persönlichen Gründen. Das sagen die neusten Untersuchungen aus. Damit könnte man dieses Kapitel ad acta legen. Aber irgendwie befriedigt eine solche Konsequenz nicht ganz. Ich würde sagen: Wir sind noch einmal davongekommen. Aber die Probleme, die vor fünf und mehr Jahren zu einer Explosion geführt haben, sind nach wie vor ungelöst. Unter der Oberfläche schwelen sie weiter. Wenn wir sie nicht zu lösen versuchen, wird es früher oder später zu einem neuen Ausbruch kommen. Einer Umfrage aus dem Jahre 1985 können wir entnehmen, dass 86,5% der befragten Jugendlichen sich am liebsten für Umweltschutz, 76% für die Bekämpfung des Hungers in Afrika, 64,5% für Jugendtreffpunkte und 46,5% für die Friedensbewegung einsetzen möchten. Andererseits, von denjenigen, denen es in der Schweiz gefällt, schätzen nur 4,5% das politische System und nur 6% erleben unseren Menschen-schlag und unsere Mentalität als positiv. Wir können daraus ersehen, wo die Probleme liegen. Die Ausführungen von Hans-Peter Gschwend zum Thema Jugendpolitik könnten Denkanstösse sein.



Verzicht auf Heuchelei

An einer Delegiertenversammlung der Schweizerischen Volkspartei (SVP) in Bern wurde über die Jugendpolitik diskutiert. Der Berner Schriftsteller und Journalist Hanspeter Gschwend hielt ein aufsehenerregendes Referat mit dem provokanten, aber durchaus ernstgemeinten Titel «Jugendpolitik – Aufruf zum Verzicht auf eine grosse Heuchelei». Da Jugendpolitik unseren Politikern ein Greuel sei («Die Kunst der bestmöglichen Verdrängung»), sei schon die Behauptung, dass es Jugendpolitik gebe, eine Heuchelei. Gschwend, Jahrgang 1945, der für mehr Ehrlichkeit zwischen den Generationen plädierte, ist legitimiert, sich zu diesem Thema zu äussern: Bis Ende 1984 war er Mitglied der Eidg. Jugendkommission und federführend für ihren

*Herausgeber / Editeur: Verband Schweiz. Privatschulen / Fédération Suisse des Ecoles privées
Redaktion / Rédaction: Dr. Fred Haenssler, Alpeneggstrasse 1, 3012 Bern, Telefon 031 / 23 35 35
Druck / Impression: Ott Verlag+Druck AG, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22
Inserate / Annonces: Ott Verlag Thun, Postfach 22, 3607 Thun 7, Telefon 033 / 22 16 22
Jahres-Abonnemente / Abonnement annuel: Fr. 30.- / Einzelhefte / Numéros isolés: Fr. 3.-
Erscheinungsweise / Mode de parution: Monatlich / Mensuel*

Bericht «Thesen zu den Jugendunruhen von 1980». Auch an ihrem zweiten Bericht, «Stichworte zum Dialog mit der Jugend», hat er mitgearbeitet.

Kronos war der jüngste Sohn des Titanen Uranos. Er entmannte seinen Vater mit der Sichel und trat dessen Herrschaft an, heiratete seine Schwester Rhea und zeugte mit ihr mehrere Kinder, die er alle nach der Geburt auffrass, weil ihm geweissagt worden war, er würde durch eines von ihnen entthront, so wie er seinen Vater entthront hatte. Statt des jüngsten Sohnes Zeus aber gab ihm Rhea einen in Windeln eingewickelten Stein zu schlucken. Als Zeus herangewachsen war, begann er einen jahrelangen Kampf gegen seinen Vater – den Kampf der Titanen –, besiegte ihn schliesslich und warf ihn in den Höllenschlund Tartaros.

Warum in der Jugendpolitik heute so wenig geschieht

So geht die Sage vom Beginn des griechischen Göttergeschlechts und von dem sich fortsetzenden Generationenkonflikt. Diese Sage, scheint mir, kann einiges davon erläutern, was heute in der Jugendpolitik geschieht – präziser gesagt: Warum in der Jugendpolitik heute so wenig geschieht. Ich komme darauf zurück.

Die allermeisten Politiker meiden die Jugendpolitik. Wenn es sich nicht vermeiden lässt, auf das Thema einzutreten, so reden sie viel und lassen allfälligen schönklingenden Absichtserklärungen möglichst keine Taten folgen. Wenn möglich aber drücken sie sich sogar um das Reden, was für Politiker ja eher ungewöhnlich ist. Im Frühling dieses Jahres wollte die Delegiertenversammlung der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände zusammen mit Politikern eine Bilanz der Jugendpolitik seit 1968 ziehen. Ein einziger der geladenen Politiker, die ihre Zusage zum Gespräch gegeben hatten, erschien tatsächlich, und zwar, nicht zufällig, eine Frau, die Zürcher Stadträtin *Emilie Lieberherr*. Die Abwesenheit ihrer Kollegen erklärte sie so: Es sei charakteristisch für die schweizerische Jugendpolitik, «dass Probleme der Jugendlichen nur interessieren, wenn irgendwo ein Feuer entfacht ist».

Ausgerechnet in ihrer Stadt aber, also in Zürich, wo vor fünf Jahren das Feuer am wildesten gelodert hatte, erklärte der Stadtrat zur Frage eines Parlamentariers, ob sich die Stadtregierung im Jahr der Jugend spezielle Ziele gesetzt habe, sie habe das nicht getan; es gehöre zu ihren ständigen Aufgaben, sich für die Jugend zu engagieren, unter anderem mit Appellen an die Verantwortlichen, und hierzu brauche es kein Jahr der Jugend. Ein anderes Beispiel: 1981 hatte ein Zürcher Kantonsrat unter dem Eindruck der Jugendunruhen in einer Motion verlangt, der Regierungsrat solle einen Bericht über Möglichkeiten und Grenzen einer kantonalen Jugendpolitik vorlegen und darin Massnahmen vorschlagen, «die die Unruhen beheben und die dahinterstehenden Probleme mit allen nur möglichen Mitteln angehen». Erziehungsdirektor Alfred Gilgen hatte empfohlen, die Motion abzulehnen: «Kein Staat wird in der Lage sein, keine Regierung und auch kein Parlament, mit Deklarationen und Berichten die gesellschaftspolitischen Probleme zu lösen. Darum ist ein weiterer Bericht letztlich eine sinnlose Übung, eine sinnlose Alibiübung.» Der Kantonsrat aber überwies die Motion, und nach zwei Jahren lag ein Kommissionsbericht bei der Regierung, die ihn zunächst in die Vernehmlassung schickte. Nach einem weiteren Jahr verlangte sie vom Kantonsrat eine Verlängerung der Frist für die Berichterstattung um ein Jahr, und nach insgesamt vier Jahren legte der Regierungsrat im vergangenen März schliesslich den Bericht vor: ganze 17 Seiten, auf denen er vorwiegend aufzählte,

2 was es an jugendpolitischen Massnahmen sowieso schon lange gab. Von den 30

Empfehlungen des ursprünglichen Kommissionsberichts übernahm er nur einen geringen Teil, und diesen in einer für die Jugendpolitik typischen Form: Möglichkeiten zur Lösung von Wohnungsproblemen der Jugendlichen zu *untersuchen* – zu untersuchen, nicht zu ergreifen; zum Beispiel «mittelfristig zu prüfen», ob Schulanlagen als Aufenthaltsort und Treffpunkt für Jugendliche ausserhalb der Schulzeit geöffnet werden können; lediglich prüfen will der Zürcher Regierungsrat auch die Herabsetzung des Mindestalters für «Jugend und Sport» von 14 auf 12 Jahre.

Auf den Vorschlag der Kommission, dezentrale Jugendzentren einzurichten, ging der Regierungsrat nicht ein. Ebenso wenig wollte er sich für die Förderung von Jobsharing (die Aufteilung eines Arbeitsplatzes auf zwei oder mehr Personen), für die Herabsetzung des Mündigkeitsalters und für die Schaffung neuer jugendpolitischer Institutionen einsetzen. Die einzig konkret vorgesehene Massnahme ist die Förderung der Elternbildung mit einem Staatsbeitrag ab 1986.

Ich will nicht auf Zürich herumhacken; die Beispiele sind charakteristisch für die Jugendpolitik im ganzen Land, auch auf Bundesebene. Seit 1976 hatte sich die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände, die mehr als 70 Organisationen aus kirchlichen, politischen und andern Kreisen vertritt, für ein Bundesgesetz für die Förderung der Jugendarbeit eingesetzt. Nach 18 Jahren endlich, zum Jahr der Jugend, liegt jetzt ein Entwurf zu einem Subventionsgesetz vor. Aber in den Regierungsrichtlinien 1985 bis 1987 wurde dieser Entwurf in die zweite Priorität zurückgestuft, und es brauchte den heftigen Protest der Jugendverbände und parlamentarische Interventionen, damit das Gesetz, das übrigens weit hinter den Vorstellungen der Jugendverbände zurückbleibt, doch noch in absehbarer Zeit behandelt wird.

Veränderungen bitte ohne Risiko

In der Jugendpolitik passiert hierzulande höchstens dort etwas, wo eine klar umrissene und nicht allzu weitgehende Forderung mit spürbarem Druck erhoben wird. Ich habe die Zeitungsberichte zum Thema Jugendpolitik im laufenden Jahr der Jugend gesichtet: Nur zwei Themen gibt es, die sich wie ein roter Faden durch die Zeit hinziehen und immer wiederkehren. Das eine spiegelt sich in der folgenden Sammlung von Schlagzeilen in grösseren Schweizer Zeitungen innerhalb der 10 Tage vom 8. zum 18. Januar: «Jugendzentrum Zug: Betriebsführung ungenügend» – «Jugendhaus Drahtschmidli mit neuem Geschäftsführer» – «Zuger Stadtpräsident verteidigt das Jugendhaus» – «Schwieriger Weg zum Leimbacher Jugendtreff» – «Jugendhaus Ostermundigen: Putsch vor der Eröffnung» – «Der Altdorfer Jugendkeller wird geschlossen». Eröffnung und vor allem Schliessung von Jugendzentren, Probleme mit der Leitung wegen der Frage, wieviel Spielraum dem Selbstbestimmungswunsch der Jugendlichen gelassen werden soll, das ist das eine neue Feld, auf dem sich seit den Jugendunruhen politisch etwas bewegt, das man Jugendpolitik nennen kann. Das andere Thema, das man im Zusammenhang «Jugend» immer wieder antrifft, auch wenn es, so, wie es behandelt wird, die Bezeichnung Jugendpolitik kaum verdient, ist das Thema Drogen bzw. Bekämpfung des sichtbaren Drogenkonsums und -handels. Diese Politik aber beschränkt sich weitgehend auf Polizeimassnahmen und die Schaffung von Auffang- und Entzugsinstitutionen für die Abhängigen. Über Massnahmen, die die Anfälligkeit von Jugendlichen für Drogenkonsum vermindern würden, mag sich niemand Gedanken machen, denn das ginge ans Lebendige: Es würde notwendig, sich über unsere Wohnwelt, über unsere Arbeits-

welt, über die Bedeutung materieller und geistiger Wertvorstellungen und über unseren Umgang miteinander Gedanken zu machen, und das würde Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Frage stellen, ohne dass wir dabei die Garantie hätten, Alternativen zu finden, die besser wären. Veränderungen aber lieben die Politiker nur vor den Wahlen, und wenn sich Veränderungen nicht ganz vermeiden lassen, dann bitte ohne Risiko. Wer aber kein Risiko will, der muss sich allem wirklich Neuen verschliessen.

Fazit Nummer eins: Im Grund ist Jugendpolitik unsern Politikern ein Greuel – es ist für sie die Kunst der bestmöglichen Verdrängung.

Die Ursachen der Unruhen wurden nicht angegangen

Als Jugendliche in unseren grösseren Städten ein Jahr lang unruhig waren, da war es allerdings auch um die Ruhe der Politiker geschehen; die Verdrängung der Jugendprobleme war nicht mehr so leicht wie ehemals. Zwei Rufe wurden laut, die einander in die Quere kommen mussten. Der eine war der Ruf: Sagt uns, was los ist, warum so viele Jugendliche ihren Protest auf die Strasse tragen und gewalttätig werden, und sagt uns, was wir tun sollen, damit die Jugendlichen wieder zufrieden sind. Der andere war der Ruf nach der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung mit den Mitteln der Staatsmacht, der Ruf, die rebellierenden Jungen mit Gewalt zum Schweigen zu bringen.

Der Ruf nach Erklärung und Lösungsvorschlägen hat viel geschriebene und gesprochene Worte gezeitigt. Der Wunsch nach Unterdrückung des Aufstandes hat die erwünschte Ruhe gebracht. Die Ursachen der Unruhen wurden nicht angegangen; nichts hat sich geändert an den Lebensbedingungen der Jugend vor 1980 und seither. Die Jugend allerdings scheint sich geändert zu haben, scheint von selber wieder zufriedener geworden zu sein. Und somit könnten all jene recht bekommen haben, die sich weigerten und weigern, Jugendpolitik als dringliche Aufgabe anzusehen.

1981 hatte eine breitangelegte Studie des Jugendwerks des deutschen Zweigs der Firma Shell ergeben, dass 58 Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik die Zukunft «eher düster» sahen und nur 42 Prozent «eher zuversichtlich» in die Zukunft blicken. 95 Prozent dieser Jugendlichen rechneten mit weiteren Kriegen. 80 Prozent mit Rohstoffknappheit, Wirtschaftskrisen und Hungersnöten. 78 Prozent glaubten nicht, dass es mehr Gleichheit unter den Menschen geben werde, und 76 Prozent rechneten damit, dass Technik und Chemie die Umwelt weiter zerstören würden. Eine Studie des schweizerischen Marktforschungsinstituts Demoscope vom Februar 1985 aber zeigt eine deutliche Tendenzwende in unserer Jugend an. Nach dieser Studie sehen drei Viertel der Jugendlichen der Zukunft zuversichtlich entgegen. Und laut einer von der «Basler Zeitung» zum Jahr der Jugend publizierten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Publitest gefällt es dem grösseren Teil der Jungen, nämlich 45,5 Prozent, sehr gut und 40,5 Prozent ziemlich gut in der Schweiz. Aber man darf solchen pauschalen Zahlen nicht blindlings trauen. Und gerade die Politiker wird es betroffen machen müssen, dass 40 Prozent derjenigen, denen es in der Schweiz gut gefällt, vor allem die schöne Natur schätzen und nur 4,5 Prozent das politische System, nur 6 Prozent unsern Menschenschlag und unsere Mentalität besonders positiv erleben und nur 1 Prozent die Arbeitsmoral der Erwachsenen. Hingegen halten es 67 Prozent der Jungen für immer schwieriger, einen zufriedenstellenden Arbeitsplatz zu finden. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen

4 zwischen 16 und 25 Jahren sehen ihre politischen Interessen in keiner der bestehen-

den Parteien vertreten (52 Prozent), wobei die POCH und die Grünen in dem Sinn besonders gut abschneiden, dass sie gleich viele Sympathisanten haben wie die etablierten grossen Parteien. Interessant ist auch, wofür sich die befragten Jugendlichen besonders einsetzen würden: am meisten für den Umweltschutz, nämlich 86,5 Prozent; 46,5 Prozent für die Friedensbewegung und nur 35 Prozent für die Landesverteidigung. 76 Prozent für die Bekämpfung des Hungers in Afrika, 70,5 Prozent für die Sicherung von Arbeitsplätzen und 64,5 Prozent für Jugendtreffpunkte. Das alles sind Anliegen, die auf den Traktandenlisten unserer Parlamente und Regierungen nicht an vorderster Stelle stehen oder aber, wenn wir an Umweltschutz und Arbeitsplatzsicherung denken, wieder vor allem Wort und nicht Tattractanden sind.

Das Interesse für gesamtgesellschaftliche Probleme geht zurück

Im übrigen widersprechen sich die Umfrageergebnisse auch. Während die zitierten Prioritäten des politischen Engagements der Jugendlichen suggerieren, dass soziale, die Zukunft unserer ganzen Gesellschaft betreffende Anliegen im Vordergrund stehen, stellt die Firma Demoscope, die den neuen Optimismus erhoben hat, fest: Von 1976 bis 1981 haben die Jungen vor allem ideelle Werthaltungen und neue gemeinschaftliche Lebensformen gesucht; seit 1981 richten sie sich wieder stärker nach individualistischen – deutlicher gesagt nach egoistischen – und materialistischen Werten aus, und das Interesse für gesamtgesellschaftliche Probleme geht zurück. Auch das muss die Politiker beunruhigen, denn sie gehen doch davon aus, dass man sich für das Gemeinwohl einsetzen müsse.

Umfragen sind nicht der einzige, sind auch nicht der beste Weg, um zu erfahren, ob und wie die Jungen sich aufgehoben fühlen in unserer Gesellschaft, ob sie sich identifizieren können damit, wie die führenden Persönlichkeiten in Wirtschaft und Politik mit der Welt kutschieren, und ob sie mit Zuversicht oder Angst in die Zukunft blicken, wenn sie nicht einfach die Augen davor verschliessen und es vorziehen, das Allernotwendigste zu leisten und im übrigen soviel wie möglich zu konsumieren, solange man noch konsumieren kann. Eine viel deutlichere und zuverlässigere und differenziertere Antwort erhält man, wenn man betrachtet, was die Jungen tun. Und dabei ist das entscheidende Kriterium nicht, ob sie sich ruhig verhalten, sondern ob sie die Gestaltung ihres Lebens aktiv in die Hand nehmen und ob sie mit Lust teilnehmen am öffentlichen Leben. Davon ist wenig zu spüren. Auch Sie sind mit der politischen Apathie vieler Jugendlicher konfrontiert, und auch Sie haben sich vielleicht schon gefragt, ob nicht zu viele Jugendliche nur noch mit möglichst wenig Aufwand möglichst viel Geld verdienen wollen, um eine möglichst vergnügte Freizeit zu verbringen. Und wenn es, so nehme ich an, Sie brennend interessiert, warum das so ist, so erhalten Sie am ehesten eine glaubwürdige Antwort, wenn Sie selber die Jungen fragen. Wieweit das in der Familie geschieht, weiss ich nicht; auf politischer Ebene jedenfalls passiert es sehr selten, und der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass es jedesmal in die Zeitung kommt, wenn im Jahr der Jugend einmal ein Politiker mit Jungen zusammensitzt. Und meist muss man dann lesen, dass das Gespräch nicht sehr fruchtbar verlaufen ist, weil weder die Politiker noch die Jungen Gelegenheit hatten, miteinander reden zu lernen – und so haben sie nachher auch wenig Lust, es noch einmal zu versuchen.

Als sich in der Folge der Jugendunruhen zeigte, dass viele Junge mit unserer Welt unzufrieden waren, wollten die wenigsten Politiker dies ernst nehmen. Jetzt, wo

Umfragen eine Tendenzwende anzeigen, atmen sie erleichtert auf. Fazit Nummer zwei: Im Grund möchten die meisten Politiker nur wissen, was mit unserer Jugend los ist, wenn sie alles so sieht, wie sie selber es sehen. Und weil sie dumpf erahnen, dass dies nicht der Fall sein könnte, fragen sie sie lieber gar nicht wirklich.

Kein Gedenkstein für den Frieden

Warum ist das so? Bei der Suche nach einer Antwort ist mir die eingangs geschilderte Sage von Kronos in den Sinn gekommen, der seinen Vater entmannt hatte, um dessen Herrschaft anzutreten, und dann seine Kinder auffrass, damit ihm nicht dasselbe passiert.

Die meisten Politiker sind Väter. Wenn sie Jugendpolitik betreiben, so ist das eigentlich Politik für ihre Kinder, und da man in unserem Land in der Regel erst in der zweiten Lebenshälfte einigermaßen einflussreiche politische Ämter erhält, ist Jugendpolitik für die meisten Politiker Politik für ihre Kinder im Jugendlichenalter. Ich rede bewusst nicht von den Politikerinnen und Müttern, denn diese sind noch immer zu sehr in der Minderheit und dringen dort, wo sie anders denken und handeln als die Männer, kaum durch. – Die meisten Politiker treiben also väterliche Jugendpolitik. Das heisst, sie wollen das Beste für die Jungen. Das Beste ist aber in ihren Augen die Welt, so wie sie jetzt ist, so wie sie sie sehen wollen und entsprechend gestaltet haben. Und in dieser Welt ist eigentlich schon alles eingerichtet, was es braucht, damit die Jungen das Werk der Alten weiterführen: Schulen und ein Berufsbildungswesen, welche die Jungen darauf vorbereiten, genauso in der Gesellschaft zu funktionieren, wie es die Alten tun. Wehe, wenn ein Lehrer Unterrichtsformen ausprobieren, die die übliche Hierarchie in Frage stellen. Auch für die Freizeitgestaltung hat die Jugendpolitik seit Jahren dort genügend vorgesorgt, wo es den Politikern notwendig schien, nämlich beim Sport. Der Sport beansprucht einerseits den Körper so sehr, dass der Kopf davon abgehalten wird, sich über Sinn und Unsinn unseres Lebens in dieser Welt Gedanken zu machen, und andererseits wird der Körper der jungen Männer bereits ertüchtigt für die nächste wichtige Einordnungssituation, nämlich das Militär. Früher nannte man «Jugend und Sport» ja redlicherweise «militärischer Vorunterricht». Ich habe das Militär als Einordnungsinstitution bezeichnet. Sie werden sagen, das sei nicht seine Hauptaufgabe, das Militär sei vor allem zur Landesverteidigung da. Aber auch das gehört zur Einordnungsfunktion des Militärs: dass die Jungen den Gedanken der Landesverteidigung mit Waffengewalt automatisch als selbstverständlich übernehmen und praktisch einüben. Wehe dem, der an Alternativen auch nur denkt! Im Kanton Bern wollten Jugendliche als Beitrag zum Jahr der Jugend einen Friedensstein setzen. Er war gedacht als Gegengewicht gegen die vielen Kriegsdenkmäler und sollte zeigen, dass diesen Jungen der Frieden am Herzen liegt. Doch die Behörden verweigerten die Bewilligung für dieses Vorhaben. Und wenn es nicht einmal erlaubt ist, dem Frieden einen Gedenkstein aufzustellen, wie sollte man denn zulassen, Dienstverweigerern eine andere Alternative zuzubilligen als das Gefängnis?

Damit ist das nächste Stichwort gegeben für die praktizierte Jugendpolitik: Für Jugendliche, die aus der Reihe tanzen, gibt es entweder die Strafanstalt oder die Irrenanstalt. Beides sind Institutionen, die trotz Ansätzen zu menschenwürdigen Behandlungsmethoden das Ziel haben, Jugendliche so einzuordnen, wie es die bestehende Ordnung für das reibungslose Schnurren des Uhrwerks eben verlangt. In diesen Zusammenhang gehören auch die Aufgaben der Polizei gegenüber den Jugend-

lichen. Sie hat dafür zu sorgen, dass in keiner Richtung über die eng gespannten Schnüre gehauen wird, und zwar nicht nur von den Aussenseiterjugendlichen, die gegen unsere Konsumgesellschaft rebellieren, sondern auch von denen, die munter mitkonsumieren, aber nicht ganz im vorgesehenen Rahmen. Wehe, wenn einer sein Töffli frisiert, wehe, wenn einer das anerworbene Konsumverhalten auf die Spitze treibt! Der Filialleiter eines Hamburgerrestaurants amerikanischen Musters in der Nähe der Heiliggeistkirche in Bern, in der Nähe also des Sammelplatzes der Punks und anderer unkonform Uniformierter, hat ein «richterliches Verbot für den gruppenweisen Aufenthalt» dieser Jungen in seinem Lokal erwirkt, das zu ihrer Stammbeiz geworden war. Begründung: Sie würden die übrige Kundschaft vertreiben, mit ihren Mofas die Laubeneingänge versperren, ihre Kofferradios auf Volltouren laufen und den Abfall auf der Strasse liegen lassen. Dabei spricht diese Kette mit ihrer Werbung gerade auch Jugendliche an; dabei werden diese Jugendlichen in den auf sie ausgegerichteten Lokalen und Boutiquen dauernd mit genau jener Musik, die aus ihren Kofferradios plärrt, zum Konsum animiert, und dabei fördern gerade Schnellimbissrestaurants auf extreme Weise die Wegwerfmentalität. Aber eben: Alles in der von den Erwachsenen vorgesehenen Ordnung, das heisst im Interesse des geordneten Konsums!

Jugendpolitik als Politik der Väter

Mit diesem exemplarischen Tour d'horizon möchte ich illustrieren: In den Augen der meisten Politiker bleibt in der Jugendpolitik nichts mehr zu tun; das Kapitel wurde in den vergangenen Jahrzehnten und zum Teil schon im vergangenen Jahrhundert aufs beste abgeschlossen. Was dem Ziel dient, die Jungen zu Ebenbildern ihrer Väter zu machen, ist vorhanden und funktioniert im Rahmen dieses Zieles bestens, wenigstens bis zur nächsten Jugendrevolte und wenigstens, wenn man von der Flucht in Drogen, Alkohol und anderen passiven Konsum absieht. Die Väter, die das Beste für ihre Kinder wollen, denken im Grund, dass das Beste ist, wenn sich nichts verändert. Und hier sehe ich den Zusammenhang mit der griechischen Titanensage. Diese Väter haben nämlich nicht immer so gedacht. Als sie jung waren, waren sie auch für Veränderungen. Jetzt aber haben sie Angst, dass ihnen dasselbe geschieht, was sie ihren Vätern angetan haben oder wenigstens hätten antun wollen, als sie an der Schwelle zum Erwachsenwerden standen. Auch sie wollten die Welt, die sie antraten nicht so übernehmen, wie sie war: auch sie haben ihren Vätern Macht weggenommen oder wegnehmen wollen – und jetzt möchten sie verhindern, dass ihre Jungen mit ihnen auch so verfahren.

Das muss nicht unbedingt heissen, dass die Väter den Jungen die Macht nicht gönnen, die sie noch ausüben. Es kann sein, dass sie in guten Treuen, bewusst oder unbewusst überzeugt sind, die Welt jetzt einigermaßen richtig eingerichtet zu haben. Es kann auch sein, dass sie sich eigentlich bewusst sind, dass das Gegenteil der Fall ist: dass sie das meiste schlecht eingerichtet oder schlecht belassen haben, dass sie das aber den Jungen gegenüber nicht eingestehen wollen. Oder es kann sein, dass ihre Väter ihren Wunsch nach Veränderung erfolgreich unterdrückt haben und dass sie nun ihrerseits finden, ihren Kindern solle es nicht anders gehen, nach dem Motto: Was man als Kind dir angetan, das tu als Mann dem Kind nun an! Und bei alledem kann man als Vater durchaus überzeugt sein, man tue es zum Wohl des Kindes.

Überhaupt hat das alles nichts damit zu tun, dass die jeweilige Vatergeneration gut oder schlecht, lieb oder böse sei. Die uralte Titanensage schildert offenbar nichts

anderes als ein tiefverwurzeltes Verhalten in die Generationenfolge, und der Blick auf die heutige Jugendpolitik bzw. deren Fastnichtexistenz zeigt, dass dieses Verhalten auch heute noch praktiziert wird. Aber im Unterschied zur geschilderten Urzeit wird es mit schlechtem Gewissen praktiziert, und darum gibt es immer wieder jugendpolitische Alibiübungen und grossangelegte Absichtserklärungen wie jetzt im Jahr der Jugend – oder aber es wird mit grossem Aufwand begründet, warum es der Jugend gutgehe und folglich keine Jugendpolitik nötig sei: zum Beispiel, weil man keine «verwaltete Jugend» wolle. Oder weil es Jugendpolitik gar nicht geben könne, da ja alles mit allem zusammenhängt und die beste Jugendpolitik eine umfassende Gesellschaftspolitik sei – was stimmt, aber es bringt auch der Jugend nichts, das festzustellen, denn umfassende Gesellschaftspolitik gibt es auch nicht – oder schliesslich, und das ist das am häufigsten gebrachte Argument gegen Jugendpolitik, weil alles für die Jugend Notwendige Sache der Familie sei.

Mehr Ehrlichkeit zwischen den Generationen!

Ich rufe Sie auf, mit solchen und ähnlichen Tarnmanövern aufzuhören, reinen Tisch zu machen und klar und deutlich auf die Fiktion zu verzichten, dass namhafte Kräfte unter den aktiven Politikern an neuen jugendpolitischen Aktivitäten interessiert seien. So wie die Freisinnigen mit der Devise «Weniger Staat» offen zugaben, dass der Staat, dessen Hauptfinder sie vor etwa 150 Jahre waren, sie nun an der freien Entfaltung ihrer Interessen zu hindern begann, so könnten Sie eine echte Pioniertat in Sachen Politik mit offenem Visier tun mit der Devise: «Verzicht auf Heuchelei – Verzicht auf Jugendpolitik!» Mit dieser Devise würden Sie sogar einer Forderung der Protestjugend von 1980 nachkommen – der Forderung nach mehr Ehrlichkeit zwischen den Generationen.

Sie denken vielleicht, ich wolle nur provozieren. Nein, ich meine es ernst. Heuchelei hilft niemandem. In den jugendpolitischen Debatten aber herrscht Heuchelei; schon die Behauptung, dass es Jugendpolitik gebe, ist Heuchelei. Wenn Sie darauf verzichten, bei dieser Heuchelei weiter mitzumachen, wird es nicht nur Ihnen wohler; die ganze Atmosphäre zwischen den Generationen wird gereinigt sein wie nach einem Gewitter. Die Jungen werden es Ihnen danken, dass sie nun wissen, woran sie sind. Sie werden sich sagen: Man nimmt uns wenigstens insofern für voll, als man uns zumutet, auf eigenen Beinen zu stehen. Wir wissen jetzt, dass wir mit unsern Bedürfnissen und Anliegen auf uns selber angewiesen sind. Wir müssen uns selber holen, was wir brauchen; wir müssen unsere Interessen selber durchsetzen.

Das muss auf Konflikte hinauslaufen

Das kann, das muss auf Konflikte hinauslaufen. Das ist gut so. Es könnte ja sein, dass wir wieder lernen, Konflikte offen auszutragen, ohne dass dabei eine oder beide Seiten zugrunde gehen. Es ist jedenfalls besser, als jeden Versuch zur Veränderung in einem zähen Brei von inhaltenden Versprechungs- und Widerstandswortgefechten ersticken zu lassen.

Wenn Sie auf die Heuchelei der Jugendpolitik verzichten, könnte auch die Lust der Jugendlichen an der Politik wiederkehren. Sie könnten merken, dass sie in ihrem ureigensten Interesse Politik machen können, dass die Politik dazu dient, ihre Interessen wahrzunehmen. Dass die Jungen dann allerdings Politik auf ihre Art, auf ungewohnten Wegen machen werden, damit ist zu rechnen – es ist der Preis für die errungene Ehrlichkeit. Denn diese Ehrlichkeit – auch das müssen wir ehrlicherweise

sagen –, das Eingeständnis, dass man Jugendpolitik im Grunde nicht will, bedeutet auch Ablehnung von Verantwortung für die Jugend.

Es gibt allerdings keine Gewähr dafür, dass die Mehrheit der Jugendlichen tatsächlich wirklich selber in die politischen Hosen steigen würde, wenn man ihnen offen erklärt, dass sich niemand für sie einsetzt. Es könnte sein, dass Apathie, Resignation und Flucht in Ersatzbefriedigungen noch mehr um sich greifen. Aber das, glaube ich, wird nicht ewig dauern – dazu ist die Jugend von Natur aus zu lebensvoll.

Eines jedenfalls ist nicht möglich – auch das illustriert die Titanensage: dass die Väter ihre Kinder allesamt auffressen. Das Prinzip Leben verkörpert in der Mutter, die den kleinen Zeus versteckt und dem Vater statt seiner einen Stein zu schlucken gibt, wird sich immer durchsetzen. Es ist – das habe ich in der Schilderung am Anfang des Referats unterschlagen – sogar so, dass die verschluckten Kinder im Magen des Vaters nicht gestorben sind und dass Zeus ihn später zwang, sie wieder auszuspeien. Das Schöne an diesem Ende ist der Sieg des jungen Lebens, das Veränderung will. Das weniger Schöne ist, dass dieser Sieg das Resultat eines Kampfes um Sein oder Nichtsein ist. Aber offenbar geht es nicht anders. Sonst hätten wir eine Jugendpolitik, die diesen Namen verdient.

TA 30. 10. 85

Streit um freie Schulen

von Horst Rumpf

Der Pädagogik sagt man Weltferne nach. Hier wird sie praktisch. Diese Schrift scheint mir die bedeutsamste Veröffentlichung einer politisch wirksamen Schulpädagogik der letzten Jahre zu sein. Denn sie dokumentiert und diskutiert Verwirklichungsrahmen einer anderen als der herkömmlichen und belehrungsorientierten Schule. Sie macht Mut, dieses heisse Eisen anzufassen, Schule nicht den Oberen und der blossen Tradition zu überlassen.

Hartmut von Hentig: Wie frei sind freie Schulen? Gutachten für ein Verwaltungsgericht. Klett-Cotta, Stuttgart 1985. 203 S., 22 Mark.

Um kurz an den Anlass zu erinnern: Überzeugt davon, dass die Normalität der Staatsschule ihre Kinder verstört und nicht fördert, machte sich vor etwa 15 Jahren eine Frankfurter Elterngruppe daran, eine andere Schule ins Leben zu rufen – ohne Lernzwang, ohne Noten, ohne Jahrgangsklassen, ohne programmierten Stundenplan, ohne homogenen Zeittakt. Sie setzte auf die Lernleidenschaft von Kindern, auf ihre Fähigkeit zur Selbstregulation auch in sozialen Beziehungen, auf die beratende und anregende Nähe von Erwachsenen.

Die zuständige Schulbehörde widersprach und versagte die beantragte Genehmigung. Nach dem Grundgesetz (Artikel 7) brauchen private Schulen, um ihr Existenzrecht garantiert zu bekommen, die Genehmigung der staatlichen Schulbehörden. Die sind ihrerseits an die in der Verfassung und in Landesgesetzen formulierten Normen gebunden – hier ging es vor allem um das «besondere pädagogische Interesse» und das Gleichziehen mit den Lehrzielen und Lernbedingungen der öffentlichen Schulen. Um die Auslegung und Handhabung solcher Kriterien im Hinblick auf die bereits existierende kleine Freie Schule Frankfurt geht seit nunmehr zehn Jahren ein